

Jürgen Reincke
Steigerhügel 1
67659 Kaiserslautern

Tel.: 0631-66281
E-Mail: juergen@reincke.name

Oberbürgermeister Dr. Weichel
Teilnehmer der Bürgerinitiative in Erzhütten
Redaktion DIE RHEINPFALZ
Fraktionen im Stadtrat Kaiserslautern
Fraktionen im Ortsbeirat Erzhütten-Wiesenthalerhof

02.11.2019

Persönlicher, offener Brief auf den Artikel in DIE RHEINPFALZ am 22.10.2019

Sehr geehrter Oberbürgermeister Dr. Weichel,
sehr geehrte Damen und Herren,

am 29.10.2019 ist in DIE RHEINPFALZ ein Artikel über die Stadtratssitzung am 28.10.2019 zum Tagesordnungspunkt „Bebauungsplanentwurf Hahnbrunner Straße – Mühlbergstraße“ erschienen. Zu diesem Artikel wurde ich mehrfach angesprochen, darunter auch von Teilnehmern der Bürgerinitiative für den Waldkindergarten am bisherigen Standort, gegen ein zu großes Wohngebiet, gegen zu viel Waldrodung.

Da ich bei der Stadtratssitzung nicht anwesend war und daher nicht selbst beurteilen kann, was von den im Artikel dargestellten Sachverhalten auch genau so war, was anders gesagt oder gemeint war, möchte ich mit diesem Brief einige Dinge des Artikels, oder wie diese bei einigen Lesern aufgenommen wurden, klarstellen oder darstellen.

Im Artikel ist zu lesen: *„Für den Bauplatz des Vorsitzenden der Bürgerinitiative auf den Erzhütten ist auch Wald gerodet worden“*, betonte der Verwaltungschef. Ich bin nicht Sprecher der BI und habe sie auch nicht gegründet oder aufgebaut oder um mich versammelt. Ich kam am 08.10.19 aus dem Urlaub und habe von anderen Gleichgesinnten erfahren, dass zwei Tage später eine Versammlung ist. Dabei waren dann bereits ca. 25 Teilnehmer.

Die BI hat bisher keine Sprecher. Frau Scheipers und ich hatten es gemeinsam übernommen die erste Pressemitteilung zu schreiben und waren beide dort als Kontakt für die Pressemitteilung gegenüber der Rheinpfalz angegeben. Ich war dann am Nachmittag erreichbar und die Rheinpfalz hat mich wegen Rückfragen angerufen.

Wenn jemand die Akteure anderer Meinungen im persönlichen angreift, so zeugt dies üblicherweise von fehlenden oder sehr schwachen Argumenten und von wenig Souveränität. Es ist richtig, dass ich mich vor 23 Jahren für den Bau eines Reihenhauses auf einer Fläche entschieden hatte, die davor Wald war. Allerdings war damals das Thema Klimawandel mir nicht in dem Maße bekannt. Ich nehme für mich in Anspruch, dass ich mich in dieser Zeit hin zu Natur-/Umweltbewusstsein und Nachhaltigkeit verändert habe. Mit dem heutigen Wissen würde ich es vermutlich nicht mehr tun, sondern irgendwo ein bestehendes Gebäude nach unseren Vorstellungen renovieren und umbauen. Wenn OB Dr. Weichel Handlungen von vor über 20 Jahren zum Maßstab oder zur Ausrede des heutigen Handelns gemacht hat, so ist das ganz offensichtlich nicht zeitgemäß. Dazu möchte ich gerne einen Teilnehmer der Bürgerinitiative zitieren: *„Gerade, weil nur noch Emden einen höheren CO2-Ausstoß pro Kopf hat als wir und die Stadt eigens eine Klimaschutzstelle geschaffen hat, ist das Neubaugebiet nicht zu vertreten und konterkariert die von der Stadt ausgelobten Klimaschutzziele“*. Das sehe ich bei dieser bisher absolut ambitionslosen Planskizze auch so. Heute sollte Erhalt der Biodiversität, Klimaschutz, Nachhaltigkeit und auch Demographie im

Bewusstsein und Handeln gerade bei den verantwortlichen Akteuren angekommen sein. Stadtrat oder Ortsbeirat ist ein Ehrenamt im Rahmen der verfügbaren Kapazitäten, doch vom Hauptamt kann mehr erwartet werden. Vielleicht erzwingen die Notwendigkeiten eines Oberbürgermeisters von Kaiserslautern diese mir wichtigen Themen zugunsten von Wirtschaft und Haushalt zu vernachlässigen.

Überaus enttäuschend ist die fehlende Bürgernähe von OB Weichel, wenn das Zitat in der Rheinpfalz vom 29.10.2019 gegen den Wunsch einer kleineren Flächeninanspruchnahme so stimmt: *„Dann können wir es gleich lassen“*. Genau diese Suche nach zunächst einer kleineren Lösung war vom Ortsbeirat eine Grundlage für den Beschluss, wurde als Möglichkeit im Verfahren durch die Referatsleiterin Stadtentwicklung im Ortsbeirat bestätigt und war der Wunsch der meisten Fraktionen im Stadtrat und Ortsbeirat. Gerade die Option einer kleineren Planung mit der Bestätigung durch die Verwaltung hatte die Zustimmung in den bisherigen Verfahrensschritten maßgeblich bestimmt. Die Bürgerinitiative hatte dies in ihrer Pressemitteilung gewünscht und die Rheinpfalz darüber berichtet. Sollte so ein flapsiger, bürgerferner und völlig überflüssiger Ausspruch vom OB gemacht worden sein, so stößt dies alle Bürgerinnen und Bürger vor den Kopf, nicht nur bei diesem Projekt, und nährt in unnötiger Weise die Verdrossenheit gegenüber der Verwaltung und der Lokalpolitik.

Nun noch einige Ergänzungen, die nicht in Bezug zum Artikel der RHEINPFALZ stehen, aber mir im Kontext des bisherigen Verfahrens wichtig sind:

Oberbürgermeister Dr. Weichel und der Stadtrat haben eine Vereinbarung mit dem NABU unterzeichnet, die von 2009 bis 2012 die Teilnahme am REFINA-Projekt beschlossen hat. REFINA (Reduzierung der Flächeninanspruchnahme und ein nachhaltiges Flächenmanagement) war ein vom Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördertes und bundesweit umgesetztes Forschungsprojekt mit Schulung von Verwaltungsmitarbeitern und Zielsetzungen in geförderten Modellkommunen. Dabei ging es u. a. um: *Wie können die Themen „Reduzierung des Flächenverbrauchs“ und „Stärkung der Innenentwicklung“ im öffentlichen Bewusstsein und im kommunalen Handeln von Klein- und Mittelstädten stärker verankert werden?*

REFINA wird beispielsweise im Klimaschutzkonzept 2020 von Kaiserslautern (beispielsweise im Maßnahmenkatalog im Umsetzungsbericht 2015) bei der Maßnahme 5.1.4 Stadtkernaktivierung und Stadtplanung auf die Innenentwicklung ausgerichtet genannt: *„Öffentlichkeitsaktivitäten im Zusammenhang mit REFINA (NABU) zur Begrenzung der Außenentwicklung und dem Fernwärmeausbau in der Innenstadt“*.

Von OB Dr. Weichel wird der Verzicht auf Neubaugebiete im Außenbereich seitdem häufig als Grund aufgeführt, dass im städtischen Innenbereich bislang unversiegelte Flächen bebaut werden. Dabei geht es vielmehr um Nachverdichtung auf bereits genutzten Flächen, beispielsweise bei der Bebauung *„Nils – Wohnen im Quartier“*, bei dem an Stelle von vorher sehr kleinen Häuschen erheblich mehr Menschen Wohnraumbekamen und zudem soziale, integrative, generationenübergreifende Wohnungen entstanden. Innenentwicklung ist etwas anderes und viel mehr, als freie Flächen zu bebauen. Auch bei der sparsamen Flächeninanspruchnahme für Industrie- und Gewerbegebiete in den vergangenen Jahren kann Kaiserslautern sicher nicht als positives Beispiel genannt werden und aktuelle Planungen lassen Schlimmes befürchten.

Für die Nachnutzung der Fläche des Bürger-Büsing-Heims in Erzhütten könnte beispielsweise eine **Konzeptvergabe** beschlossen werden. Als ersten Schritt könnte auf der begrabigten Fläche (leicht größer als bisher) unter Zusammenarbeit von Anwohnern, Bürgerinitiative, Politik, Verwaltung, Architektenkam-

mer, TU, ... ein Rahmen entwickelt und vorgegeben werden, in dem Projektierer oder auch Bauherrengemeinschaften ihre Konzepte entwickeln und sich zur Realisierung bewerben. Ein aus den genannten Teilnehmern zusammengesetzter Projektbeirat könnte über eine Vergabe an eines der eingereichten Konzepte entscheiden. Als Kriterien wären bebaute Fläche, Höhe, Einwohneranzahl, generationenübergreifende Lösung, Integration, Null- oder Plus-Energiestandard, nachhaltige Rohstoffe, modernes Design, naturnahe Planung und Ausführung, flexibler Wohnflächenbedarf, Rückbaubarkeit, eventuell Vergabe in Erbpacht, Verkehrsbelastung und Stellflächen, Erschließung und vieles mehr vorstellbar. Kaiserslautern könnte hier auch ein innovatives Projekt versuchen, für das es beispielsweise wegen Klimaschutz oder Modellcharakter auch Fördermöglichkeiten geben könnte, die dann eine Rentabilität auf kleinerer Fläche ermöglichen kann. Solche Konzepte kann und muss die Verwaltung nicht selber entwickeln, kann aber gemeinsam durch die Festsetzung hervorragender Vorgaben ein positives Signal setzen und ein mögliches Leuchtturmprojekt mitentwickeln. Sich auf die Planung von Häusern entlang einer Straße in einem Neubaugebiet in einem attraktiven Stadtteil und zudem direkt am Waldrand zu begrenzen, wäre ein Armutszeugnis. Die Architektenkammer Kaiserslautern hat im Mai 2019 eine Broschüre mit dem Titel „Mehr Konzept, Orientierungshilfe zur Vergabe öffentlicher Grundstücke nach Konzeptqualität“ herausgegeben und würde sich bestimmt beratend an einer qualitativen und innovativen Konzeptvergabe beteiligen.

Erst wenn für eine kleinere Fläche (abgerundetes Bürger-Büsing-Heim, eventuell mit Erweiterung bis zum Bolzplatz) kein überzeugendes und rentables Konzept eingereicht wird, müsste in einem zweiten Schritt die Fläche erweitert werden und dann der Waldkindergarten in die Rahmenbedingungen eingefügt werden.

Im Kreis mit anderen Naturschutzverbänden habe ich nach meiner Überzeugung Oberbürgermeister Dr. Weichel in Anwesenheit von Frau Franzreb bei einem Gespräch zum Bebauungsplan des Bürger-Büsing-Heims so verstanden, dass das Referat Stadtentwicklung nun über denkbare Etappen von einer kleineren, innovativeren und naturverträglicheren Lösung und nur bei Bedarf hin zu größeren Lösungen nachdenken soll. Dass Frau Franzreb bei der Ortsbeiratssitzung am 16.10.19 mitteilte, dass im Referat seitdem gar nichts unternommen wurde, war für mich sehr enttäuschend und erschütterte für mich die Glaubwürdigkeit unseres Oberbürgermeisters, den ich bisher stets unterstützt und auch gewählt hatte und mit dem die Zusammenarbeit in den ersten Jahren sehr gut war. Frau Franzreb sagte – und das ist ohne Anweisung des OB für sie absolut nachvollziehbar – dass sie erst abgewartet habe, was die Politik dort eigentlich geplant haben wolle. Offenbar ist also seit 2017 nichts geschehen – schade. Sehr interessant wäre zu erfahren, ob und welche Versuche zum Verkauf des Bürger-Büsing-Heims überhaupt unternommen wurden.

„Kaiserslautern möchte zur Reduzierung des Siedlungsflächenverbrauchs zusammen mit dem NABU und den Partnerstädten fundierte und tragfähige Kommunikationsstrategien erarbeiten, die zu einer nachhaltigen und zukunftsfähigen Siedlungsentwicklung beitragen.“

(Dr. Klaus Weichel, Oberbürgermeister der Stadt Kaiserslautern, 2009, Aussage zum Projekt REFINA).

Wenn Politiker und politische Gremien ihre Beschlüsse so wenig beibehalten, so schüren sie Politik- und Systemverdrossenheit und schaden ihrer Glaubwürdigkeit.

Der Oberbürgermeister wird sich nicht erneut zur Wahl stellen, aber für die politischen Parteien und Gremien sollte die Glaubwürdigkeit dennoch eine Konstante auch über Wahlperioden bleiben.

Mit freundlichen Grüßen

Jürgen Reincke

Hintergrundinformationen zu REFINA - Partnerschaften für eine nachhaltige Siedlungsentwicklung

Projektdauer: 2009 bis 2012

Ausgangslage: Die gesellschaftliche Aufmerksamkeit für einen sparsamen und nachhaltigen Umgang mit dem Gut Fläche ist praktisch nicht vorhanden. Das politische/gesetzliche Handeln fördert den Flächenverbrauch und beinhaltet keine sanktionierenden Konsequenzen für nicht nachhaltigen Umgang mit der Fläche vor Ort.

Die Gründe für das mangelnde „Flächenbewusstsein“ sind laut der vom NABU durchgeführten REFINA-Vorstudie „Flächenakteure zum Umsteuern bewegen“ vor allem in der Defizitären Kommunikation des Themas zu finden:

Die Kommunikation und Bewusstseinsbildung für eine nachhaltige Siedlungsentwicklung ist tendenziell zu komplex. Nicht überzeugten Akteuren werden zu viele und zu heterogene Botschaften gleichzeitig vermittelt, deren Inhalte meist wenig konkret sind. Darüber hinaus werden die Adressaten zu selten mit ansprechenden Leitbildern in ihrer „Lebenswelt“ abgeholt. Tendenziell ist die Kommunikation stark fachbezogen, was ihre Öffentlichkeitswirksamkeit fragwürdig macht. Letztlich werden bisher „Negativ Eingestellte“ und „Gegner“ als wichtigere Zielgruppen betrachtet als „aktive Helfer“ und „positiv Eingestellte“

Ziele: Der Nutzen einer flächensparsamen, auf Innenentwicklung konzentrierten Siedlungsentwicklung soll sich im Bewusstsein von Politik, Verwaltung und Bürgern verankern. Dafür werden neue, ansprechende und an die Lebenswelten der Menschen anknüpfende Kommunikationsstrategien entwickelt. Gemeinsam mit acht NABU-Partnerkommunen werden zielgruppenorientierte Methoden erprobt, um die wesentlichen Botschaften einfach und ansprechend zu vermitteln.

NABU-Partner für „nachhaltige Siedlungsentwicklung“ sind

- die Gemeinde Hüfingen in Baden-Württemberg
- die Universitätsstadt Tübingen
- die Initiative Rodachtal e.V (Bayern / Thüringen)
- die Samtgemeinden Barnstorf und Oberharz in Niedersachsen
- die Städte **Kaiserslautern** und Neustadt / Weinstraße
- die Verbandsgemeinde Wallmerod in Rheinland-Pfalz

Die Partnerkommunen werden Teil eines Netzwerkes, finden zu regelmäßigen Treffen zusammen und profitieren so von den Erfahrungen der anderen und der langjährigen fachlichen Kompetenz des NABU im Bereich Siedlungsentwicklung.

Das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), den beteiligten Ländern und Kommunen sowie dem NABU finanzierte Projekt ist Teil des Schwerpunktes "Forschung für die Reduzierung der Flächeninanspruchnahme und ein nachhaltiges Flächenmanagement (REFINA)" (www.refina-info.de) des BMBF und knüpft direkt an die vom NABU erarbeitete Vorstudie „Flächenakteure zum Umsteuern bewegen“ an.